

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsdruckerei 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 58. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in 1000: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 1/2, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 1/2; amtlich 1 mm
30 1/2 und 24 1/2; Reklame 25 1/2. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangswiseiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 152

Donnerstag, den 3. Juli 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 9. Juli 1930
vormittags 9 Uhr
in Rosenthal. — Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft
und in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aus.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 1. Juli 1930.

Auf Blatt 63 des Handelsregisters, die Firma **Gotthold Seifert** in Brettnig betreffend,
ist heute das Ausschreiben der beiden Kommanditisten eingetragen worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 30. Juni 1930.

Aus der Arbeit der Reichstagsausschüsse

Nationalsozialistische Kundgebung gegen das Kabinett Brüning
Die Berliner Presse zum Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion

Der Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates
amte am Mittwoch den Grundlagen des Gesetzentwurfes
ber Depot- und Depozitengeschäfte zu. Der Entwurf umfasst
a. allgemeine Vorschriften über Depot- und Depozit-
geschäfte, die den Erlaubniszwang beseitigen und an seine
Stelle eine Anmeldepflicht setzen. Der zuständigen Behörde
bleibt ein Einspruchsrecht vorbehalten. Weiter werden die
Verhältnisse bei den Bauparaffen geregelt, die der Beauf-
sichtigung durch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung
unterstellt werden. Nach dem Entwurf bedürfen ferner
öffentlich-rechtliche Betriebe, Sparkassen usw. zum geschäfts-
mäßigen Betriebe von Depot- und Depozitengeschäften einer
ehördlichen Zulassung.

In einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftspolitischen
und des Finanzpolitischen Ausschusses wurde der bereits ver-
öffentlichte Bericht des Arbeitsausschusses zum Gesetzentwurf
über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypo-
theken angenommen, und ferner dem Entwurf einer Ver-
ordnung der Reichsregierung über die Aufhebung des Steuer-
abzuges vom Kapitalertrag bei festverzinslichen Wertpapieren
zugestimmt.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages be-
ann am Mittwoch die Einzelberatung des Milchgesetzes. An-
genommen wurde ein Antrag, wonach die Füllung von Milch
in Flaschen nur durch den Landwirt oder in den Meiereien
erfolgen darf.

Der Reichstagsausschuß für Verkehrsangelegenheiten be-
schloß am Mittwoch mit einer Reihe von Anträgen über
Kanalbauten, in denen insbesondere Verstärkung der Arbeiten
in der Rhein-Main-Donau-Verbindung gefordert wurde. Der
Ausschuß faßte hierzu eine Entschließung, in der die Reichs-
regierung ersucht wird, im Falle der Bereitstellung größerer
Mittel für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm die im Bau be-
findlichen Wasserstraßen gleichfalls nach Möglichkeit zu berück-
sichtigen.

Nationalsozialistische Kundgebung gegen das Kabinett Brüning.

Der Gau Berlin der Nationalsozialistischen Deutschen
Arbeiterpartei hielt im Berliner Sportpalast eine Massen-
kundgebung ab. Die Sturmabteilungen nahmen an der Ver-
sammlung statt in braunen in weißen Hemden ohne Ab-
zeichen teil. Der sächsische Landtagsabgeordnete **Studen-
towski** Leipzig sprach von einem Befreiungsrudel, der
nur ein sehr willkommener Wandel der Reichsregierung sei,
ihren Zusammenbruch unter Glockengeläute und Flaggen-
flüssen zu verschleiern. Auch diese Regierung könne keinen
Auffstieg bringen, solange die Erfüllungspolitik fortgesetzt
würde. Geblieben seien auch nach Abzug der Besatzung die
Interalliierte Kontrollkommission und die Belastung durch
den Young-Plan.

Wagner-Vochum (M. d. R.) wandte sich gegen die
Steuerpolitik der Regierung, die die Lasten auf die breiten
Massen abwälze, statt derartige Forderungen viel wirksamer
auf die Großkapitalisten anzuwenden. **Göring** (M. d. R.)
erklärte, daß sich nun auch das „Kabinett der Frontsoldaten“
in die Young-Front eingereiht habe. Das sei der schlimmste
Verrat am Frontsoldatengeist. **Dr. Goebels** (M. d. R.)
brachte zum Schluß zum Ausdruck, mit dem Notopfer wolle
man nur die Not der Regierung bannen. Die Not des
Volkes sei das Ergebnis einer zwölfjährigen verantwortungs-
losen Politik. Jetzt habe man in Sachen dem Marxismus
seine bürgerlichen Hilfstruppen genommen und den Sieges-
zug des Marxismus mindestens zum Stehen gebracht. Hätte
es den Nationalsozialismus nicht gegeben, so wären die
breiten Massen der Verzweiferten in die Arme des Marx-
ismus gelaufen. Die Literaten, die heute versuchten, mit ihrem
Geschwätz die nationalsozialistische Bewegung zu be-
unruhigen, würden erfahren müssen, daß sie von dem
ehernen Hammer der Parteidisziplin erschlagen würden.

Die Sitzung des Reichskabinetts

Auf der Tagesordnung der heutigen Mittwoch-Kabi-
nettsitzung standen eine Anzahl Gesetze, welche der Durch-
führung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichs-
regierung dienen sollen. So verabschiedete das Kabinett
u. a. den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen zur
Verbilligung des mit öffentlichen Mitteln geförderten Klein-
wohnungsbauens, ferner den Entwurf eines Gesetzes über
die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Klein-
wohnungsbauens und des Straßenbauens. (Baukreditgesetz
1930). Außerdem wurde der Reichsarbeitsminister zur vor-
griffswiesigen Finanzanspruchnahme von 100 Millionen RM.
ermächtigt, welche im außerordentlichen Haushalt seines
Staats zur Belebung des Baumarktes in Anschlag gebracht
werden. Das Reichskabinett wird seine Beratung über das
Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Breitenfrage
in der nächsten Woche fortsetzen.

Des weiteren beschäftigte sich das Reichskabinett in
seiner heutigen Sitzung mit der ersten Lesung eines Ent-
wurfs eines Standardisierungsgesetzes (Handelsklassen-
gesetz). Ferner verabschiedete es den Entwurf einer Ver-
ordnung über den Bezug von Spiritus zu Treibstoff-
zwecken.

Amnestiegesetz angenommen.

In der Reichstagsitzung von Mittwoch wurde über das **Am-
nestiegesetz** abgestimmt. Alle Parteien setzten sich — mit Aus-
nahme der Sozialdemokraten — für das Amnestiegesetz ein. Es
wurden für das Amnestiegesetz 290, dagegen 135
Stimmen abgegeben. — Präsident **Löbe** stellte fest, daß das
Gesetz mit der verfassungsändernden Mehrheit angenommen wor-
den sei.

Deutscher Reichstag.

189. Sitzung Mittwoch, den 2. Juli.

Das Plenum des Reichstages brachte bei der Beratung ver-
schiedener handelspolitischer Vorlagen, die der Ausschußberatung
überwiesen wurden, eine Rede des Abg. von **Sybel** (Christnat.
Bauern), der diese Gelegenheit benutzte, um den letzten Ausfüh-
rungen des Reichsaußenministers entgegenzutreten. Abg. von
Sybel betonte, daß auch bei den vorliegenden Verträgen keinerlei
Rücksicht auf die Landwirtschaft genommen werde. Das Abkom-
men mit Holland sowohl wie das deutsch-rumänische Abkommen
müßten abgelehnt werden, ersteres wegen der Kartoffeleinfuhr,
letzteres weil es sich um einen Meißbegünstigungsvertrag handele.

Bei der dritten Beratung der Amnestievorlage betonte Abge-
ordneter von **Lindeiner-Wildau**, daß das Gesetz nicht,
wie der Abg. Landsberg gelagt habe, auf Wunsch der Treuhand-
Partei, sondern auf Anregung der Bewohnerschaft des besetzten
Gebiets geschaffen wurde. Nachdem die Befragung aus dem
Rheinland abgezogen sei, solle auch mit der Befragung der so-
genannten Fememörderer Schluß gemacht werden. Die Freiwilli-
ger hätten dazu beigetragen, das völlige Chaos in unserem Land
zu verhindern. Das seien die Motive der sogenannten Femem-
örderer gemessen.

Reichsjustizminister Dr. Vredt

antwortete sofort, daß im neuen Strafrechtbuch die seelische Ver-
arbeitung eines anderen Menschen zum Hochverrat nicht unter
Strafe gestellt sei, daß aber eine Einwirkung auf das Reichs-
gericht aus dem Bereich der Möglichkeit liege. — Anschließend
beschäftigte sich der Justizminister mit der Frage, ob das Gesetz
einen verfassungsändernden Charakter habe. Bei einer früheren
Amnestie im Jahre 1922 habe der sozialistische Justizminister
Radbruch sich dahin ausgesprochen, daß ein Amnestiegesetz in der
Zukunft des Reiches liege. Sollte keine verfassungsmäßige
Mehrheit zustande kommen, müsse man die Frage prüfen, ob das
Gesetz überhaupt der verfassungsändernden Mehrheit bedürfe.
Es kam im Anschluß daran zu

**lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den
Kommunisten und den Sozialdemokraten.**

als der Kommunist **Forgler** eine Erklärung abgab, in der er
den Sozialdemokraten die Hauptschuld am Scheitern einer Voll-
amnestie zuschob, dann aber sich äußerte, die Kommunisten seien
bereit, in der Schlußabstimmung diesem jämmerlichen Amnestie-
gesetz zuzustimmen, da dadurch wenigstens einige Proletarier be-
freit würden. Abg. **Landsberg** (Soz.) erwiderte, daß der
Kommunist durch seine Schimpftanone nur den Umfall seiner
Partei habe verdecken wollen. Als der Redner fragte, unter
welchen Bedingungen der Pakt mit den Kommunisten zustande
gekommen sei, riefen ihm die Kommunisten zu: „Was haben Sie
dann von Stegerwald für Ihre gefrignge Abstimmung bekommen?“
Die Sozialdemokratie lehne das Gesetz ab. Dann
wurde die oben wiedergegebene Abstimmung vorgenommen.

Das Haus ging sodann zur zweiten Beratung des Haus-
halts für Versorgung und Ruhegehälter über. Abg. **Laver-
renz** (Nat.) befürwortete als Berichterstatter die Ausschüßent-
schließungen, nach denen mit Rücksicht auf die Unterbringung der
Zivildienstberechtigten und zur Ersparrnis von Uebergangsgebüh-
ren die Anstellungsgrundlagen unbedingt geändert werden sollen.

In der Mittwoch-Debatte, die bald abgebrochen und deren
Weiterberatung auf Donnerstag, 3. Juli, vertagt wurde, bekämpf-
ten Sozialdemokraten und Kommunisten die Modelle zum Ver-
sorgungsgesetz, während Dr. **Krone** (Zentr.) darauf hinwies,
daß die Zahl der unberechtigten Versorgungsansprüche stark zu-
genommen habe.

Die Deutschnationalen lehnen Brünings Deckungsprogramm ab.

Die erste Fraktion des Reichstages, die zu den Deckungs-
vorlagen der Regierung bereits Stellung genommen hat, ist die
Deutschnationale Reichstagsfraktion. Sie hat über das Ergebnis ihrer mehrstägigen Beratungen
folgende Mitteilung herausgegeben: Die Deutschnationale
Reichstagsfraktion hat sich mit den von der Reichsregierung
vorgelegten Steuererlassen beschäftigt. Das Ergebnis der
Beratungen war, daß die Fraktion zur Ablehnung dieser
Steuererlasse entschlossen ist.

Zum Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion

Berlin, 3. Juli. Aus dem einstimmigen Beschluß
der deutschnationalen Reichstagsfraktion, gegen die Steuer-
vorlagen der Regierung zu stimmen, glaubt die „D. N. Z.“
folgern zu können, daß die Deutschnationalen die Gesetze
zur Reform der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung
mitmachen dürfen. Sie wollten sich, nach Auffassung der
der „D. N. Z.“, auch nicht in eine grundsätzliche Opposition
gegen die Steuererlasse begeben, sondern hielten diesen Teil
des Deckungsprogramms nur in seiner jetzigen Form für
nicht tragbar. Das Blatt erwartet, daß die Deutschnationalen
bei der Ausschüßberatung der neuen Gesetze mit eigenen
Vorschlägen hervortreten. — Der „Lokalanzeiger“ stellt
fest, die Deutsche Volkspartei sei der Hoffnung, ihre Ab-
änderungsvorschläge würden mit Hilfe der Deutschnationalen
und der Wirtschaftspartei eine Mehrheit finden, so daß
Brüning dann nicht auf die Sozialdemokratie angewiesen
wäre. Der „Lokalanzeiger“ fügt hinzu: Alles der-
artige seien Rechnungen mit mehreren Unbekannten und
beruhen lassen könne. — Die „Deutsche Zeitung“ weist
darauf hin, daß Hugenberg Recht gehabt habe, als er im
Frühjahr darauf hinwies, daß das Kabinett Brüning keine
grundsätzliche Rechtschwenkung des Zentrums, sondern nur
eine Fortsetzung des parlamentarischen Schauenspiels be-
deutete. Eine Folgerung vermisse die „Deutsche Zei-
tung“ noch in dem Beschluß der Deutschnationalen. Brüning
scheine sich mit der Sozialdemokratie dahin geeinigt zu haben,
daß diese die Verantwortung für die Steuererlasse über-
nehme, sich jedoch der Verantwortung für die Arbeitslosen-
und Krankenversicherungsreform entziehe. Hier rechne man mit der
Unterstützung der Deutschnationalen, denen man die Ableh-
nung dieser, wenn auch sehr bescheidenen Sparmaßnahmen

